

19.10.2012

Die Mitte **CDU**



**ANDREAS  
MATTFELDT MdB**  
VERDEN – OSTERHOLZ

# BUNDESTAG AKTUELL

Liebe Freunde,

es sollte ja noch gar nicht bekannt werden, aber am Ende hatte SPD-Chef Gabriel das Heft des Handelns nicht mehr in der Hand: Nun also hat die SPD einen Kanzlerkandidaten ausgerufen, der allerdings einen veritablen Fehlstart hingelegt hat. Um davon abzulenken, dass er zeitgleich zu Plenardebatten hochbezahlte Vorträge außerhalb gehalten hat, wird eine Diskussion über mehr Transparenz bei Nebentätigkeiten von Abgeordneten angezettelt. Wie die Diskussion jedoch zeigt, funktionieren die Regeln.

Die Höhe der Nebeneinkünfte ist transparent und wird in Stufen veröffentlicht. Exakt müssen die Angaben zur Herkunft sein und dabei ist die Unterscheidung wichtig, ob man während der Mandatszeit das tut, was ein Abgeordneter eh tut, Reden und Vorträge halten – oder ob man seinen bisherigen Beruf als Landwirt, Handwerker oder Anwalt fortsetzt und so ggf. auch den bisherigen Betrieb und die daran hängenden Arbeitsplätze erhält. Natürlich werden auch diese Einnahmen als „Nebeneinkünfte“ angegeben.

Wir sind bereit, die Höhe der Einnahmen in weiteren Stufen anzugeben. Es wäre schön, wenn die SPD diesmal an der entsprechenden Sitzung auch teilnehmen würde. Auf keinen Fall werden wir eine Regelung akzeptieren, die es Selbständigen, Handwerkern und Unternehmern nicht mehr möglich macht, Mitglied des Deutschen Bundestages zu sein. Wir wollen kein reines Funktionärs- und Beamtenparlament.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

## Expertenanhörung zum Tierschutzgesetz

In dieser Woche hat der federführend für das Tierschutzgesetz zuständige Landwirtschaftsausschuss eine Expertenanhörung zur vorliegenden Tierschutzgesetz-Novelle durchgeführt. Dabei ging es unter anderem um das Schenkelbrandverbot sowie die Regelungen zu Rassegeflügelausstellungen.

Prof. Steinkraus vom Dermatologikum Hamburg hat mit seinem Vortrag eindrucksvoll geschildert, wie harmlos der Heißbrand bei Pferden ist. Während der Tierschutzbund laufend



überall behauptet, dass der Schenkelbrand Verbrennungen dritten Grades verursacht, hat Prof. Steinkraus anhand von mikroskopischen Aufnahmen der Pferdehaut bzw. des Pferdeweibes bewiesen, wie gering die Hautveränderung durch den Brand ist. Er hat dadurch nachgewiesen, dass es sich lediglich um Verbrennungen zweiten Grades handelt, da die Haarstruktur der Pferdehaut nach einem Schenkelbrand nicht verändert ist. Diese Verbrennung entspricht einer Verbrennung beim Menschen, die sich jeder von uns schon an Bügeleisen, Herd oder Backofen zugezogen hat. Keiner von uns hat dadurch ein Trauma erlitten, wie es der Tierschutzbund bei Pferden durch den Schenkelbrand ausgelöst sieht.

Auch die Unklarheiten bzw. Auswirkungen der Regelungen zu Rassegeflügelausstellungen waren kurz Thema der Expertenanhörung.

In den weiteren parlamentarischen Beratungen kommt es jetzt darauf an, Lösungen zu finden, die sowohl für die Pferde– als auch für die Rassegeflügelzüchter akzeptabel sind. Dafür werde ich mich auch weiterhin in meiner Fraktion einsetzen.

## Verkehr über die Hagen-Grindener Brücke rollt

Am Montag konnte endlich die Brücke 59 in Hagen-Grinden für den Verkehr freigegeben werden. Die Bauzeit hat lange Umwege für die Hagen-Grindener bedeutet. Das hat jetzt erfreulicherweise ein Ende.

Ursprünglich war geplant, die alte Brücke zu sperren, während unklar war, wann mit dem Bau der neuen Brücke begonnen werden kann. Dieser Zustand hätte die betroffenen Hagen-Grindener lange im Unklaren gelassen und hätte zunächst dauerhafte Umwege bedeutet. Deshalb habe ich mich eingeschaltet und in engem Kontakt mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium Enak Ferlemann dafür sorgen können, dass parallel mit der Sperrung der alten Brücke der Bau der neuen begonnen wird.

Meinem Kollegen Enak Ferlemann möchte ich ganz herzlich für seine Unterstützung in dieser Angelegenheit danken. Ohne ihn hätte der Neubau der Brücke so schnell nicht begonnen werden können und mit seiner Hilfe ist es mir gelungen, dass die Baukosten in Höhe von 4,5 Milli-

onen Euro bereitgestellt und in meinem Wahlkreis investiert werden. D a n k e n möchte ich aber auch C h r i s t i n e



Jägeler (Foto) und Harm Beckröge, die mich immer regelmäßig und frühzeitig mit Informationen versorgt haben. Uns allen ist es gemeinsam gelungen, dieses wichtige Projekt zu realisieren.

Für mich ist das ein ganz besonderer Moment, denn mich verbindet nicht nur mein Wohnort und meine frühere Tätigkeit als Bürgermeister mit Langwedel, sondern ich freue mich als Bundestagsabgeordneter immer wieder sehr über greifbare Projekte, die ich realisieren kann. Als Bürgermeister konnte ich regelmäßig ganz konkret die Ergebnisse meiner Arbeit sehen, dies ist mir als Bundestagsabgeordnetem seltener vergönnt.

## Aussichten für deutsche Wirtschaft stabil

Am vergangenen Donnerstag haben die führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute der „Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose“ ihr Herbstgutachten 2012 vorgestellt.

Darin bescheinigen die Wirtschaftsinstitute der deutschen Wirtschaft Stabilität trotz erheblicher Belastungen durch die Euro-Krise.

Die Institute prognostizieren einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um 0,8% für das Jahr 2012 und 1,0% für das Jahr 2013.

Die Zahl der Arbeitslosen wird sich laut

dem Herbstgutachten 2012 bei 2,9 Millionen stabilisieren.

Dabei wird auch das Budget des Staates sowohl in diesem als auch im kommenden Jahr annähernd ausgeglichen sein.

Das sind—trotz aller Miesmacherei, die wir derzeit von Seiten der Opposition hören—sehr gute Aussichten, die uns optimistisch in die Zukunft blicken lassen.

## Rede im Plenum zum Kita-Ausbau

Heute morgen hat im Bundestagsplenum die Debatte zur Umsetzung des Fiskalpakts und zum zweiten Nachtragshaushalt für 2012 stattgefunden.

Der Fiskalpakt verpflichtet die EU-Länder zur Umsetzung einer Schuldenbremse nach deutschem Vorbild.

Mit dem zweiten Nachtragshaushalt stellt der Bund noch einmal Geld bereit, nämlich 580,5 Millionen Euro für 30.000 weitere Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren. Dieses Geld stellt der Bund zusätzlich zur Verfügung, obwohl der Kinderbetreuungsausbau nicht seine, sondern Aufgabe von Ländern und Kommunen ist.



Als im Haushaltsausschuss zuständiger Berichterstatter für den Etat des Bundesfamilienministeriums, aus dem die Gelder dafür kommen, habe ich heute selbstverständlich auch in der Debatte hierzu im Plenum gesprochen.



**Büro Berlin:**

**Platz der Republik 1, 11011 Berlin**

**Telefon: 030 - 22 77 13 22**

**E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de**

**Internet: www.andreas-mattfeldt.de**

Redaktion: Tatjana Range